



PFLEGE

BESSER. MACHEN.

EINE INITIATIVE DER SPD-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

UNTER ANDEREM IN
DIESER AUSGABE FÜR SIE:

WIR MACHEN PFLEGE LEICHTER.

Lutz Liebscher darüber, wie wir
das Leben von 300.000 Thüringern
besser machen.

WO ANGEHÖRIGE EINE STIMME FINDEN.

Dr. Sigrun Fuchs vom Verein „wir
pflegen e.V.“ ist die Stimme für
pflegende Angehörige in Thüringen.

WIE DIE SPD HILFT.

Dr. Cornelia Urban beschreibt,
wie die SPD im Pflegebereich hilft.

INTERVIEW MIT KATHARINA SCHENK

Thüringens Gesundheitsministerin
macht deutlich, was gute Pflege
braucht – und was der Freistaat tut.

Thüringens größter Pflegedienst sind die Angehörigen. Über 300.000 Menschen. Wir stellen uns an ihre Seite.

Thüringens größter Pflegedienst taucht in keiner Unternehmensstatistik auf. Er hat keine Zentrale, keine Dienstpläne, keinen Tarifvertrag. Aber er hat geöffnet, an 365 Tagen im Jahr, Tag und Nacht. Es sind die pflegenden Angehörigen. Über 300.000 Menschen in Thüringen pflegen ihre Nächsten. Oft neben dem Beruf. Oft ohne Pause. Lange auch ohne laute Stimme.

Das ändern wir. Wer andere trägt, darf nicht selbst übersehen werden. Diese Zeitung zeigt, was die SPD-Fraktion für sie konkret tut, von verlässlicher Beratung über bezahlbare Pflege bis zu besseren Bedingungen für die Pflegekräfte.

Ein Thema, das Thüringen betrifft!

über
300.000
Menschen in Thüringen
pflegen ihre Nächsten

SPD Fraktion Thüringen

SEITE 2 WIR MACHEN PFLEGE LEICHTER.

Lutz Liebscher darüber, wie wir
das Leben von 300.000 Thüringern
besser machen.

SEITE 3 WO ANGEHÖRIGE EINE STIMME FINDEN.

Dr. Sigrun Fuchs vom Verein „wir
pflegen e.V.“ ist die Stimme für
pflegende Angehörige in Thüringen.

SEITE 4 WIE DIE SPD HILFT.

Dr. Cornelia Urban beschreibt, wie die
SPD im Pflegebereich hilft.

SEITE 2 INTERVIEW MIT KATHARINA SCHENK.

Die Gesundheitsministerin macht
klar, was gute Pflege braucht – und
wie der Freistaat hilft.

SEITE 3 NACHGEHAKT ZUM PFLEGE BUDGET.

Wir fragen beim Betriebsrat vom
Erfuter Helios-Klinikum nach, was
gute Pflege braucht.

SEITE 4 PFLEGE IN ZAHLEN.

Ein Vergleich vom Musterstaat
Dänemark mit Deutschland.

Pflege ist Alltag in Hunderttausenden Familien. Wir machen ihn leichter.

Pflege betrifft fast jede Familie in Thüringen. Mal beginnt sie mit einem Sturz, mal mit einer Diagnose, mal ganz langsam über Jahre. Und plötzlich verändert sie das ganze Leben. Rund 194.000 Menschen in Thüringen sind pflegebedürftig, über 300.000 leisten Sorgearbeit für ihre Angehörigen. Oft neben dem Beruf, oft ohne dass es jemand sieht.

Diese Angehörigen sind Thüringens größter Pflegedienst, auch wenn sie in keiner Statistik so auftauchen. Sie verdienen mehr als ein Schulterklopfen. Sie verdienen Entlastung. Genau das ist der Auftrag, den wir als SPD-Fraktion ernst nehmen. Für uns ist klar: Pflege darf kein Armutsrisiko sein. Und wer pflegt, darf daran nicht selbst zerbrechen.

Deshalb machen wir Pflege besser, Schritt für Schritt. Wir bringen die Pflegestützpunkte in die Fläche, damit Beratung dort ankommt, wo Familien



Fraktionsvorsitzender Lutz Liebscher:
„Wir machen Pflege besser!“

sie brauchen. Wir stärken die Kommunen, weil gute Pflege vor Ort entsteht. Und wir setzen uns für bessere Arbeitsbedingungen ein, weil ohne starke Pflegekräfte alles andere nicht funktioniert.

Vieles entscheidet sich auch im Bund. Wenn dort über die Pflegeversicherung gestritten wird, geht es nicht um Zahlen auf dem Papier. Es geht um die Frage, ob Menschen sich im Pflegefall sicher fühlen können. Wir mischen uns ein, in Thüringen und über den Bundesrat.

Diese Zeitung erzählt davon. Sie zeigt Menschen, die pflegen. Sie erklärt, was wir als Landtagsfraktion konkret tun, um die dringenden Probleme beim Thema Pflege zu lösen. Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre und bleiben Sie gesund.

„Wer heute pflegt, darf morgen nicht arm sein!“

Über Pflege reden viele. Katharina Schenk gestaltet sie. In Thüringen treibt die Ministerin viele Maßnahmen voran, von Pflegestützpunkten bis zu weniger Bürokratie. Doch der Bund plant eine Reform, die ausgerechnet die pflegenden Angehörigen trifft. Schenk hat offiziell widersprochen. Ein Gespräch über das, was hilft, und das, was schadet.

Frau Schenk, viele pflegende Angehörige fühlen sich alleingelassen. Was tun Sie für sie in Thüringen?

Sie sollen sich nicht allein durch ein unübersichtliches System kämpfen. Wir wollen perspektivisch Pflegestützpunkte in jedem Landkreis, als verlässliche Anlaufstelle mit Beratung aus einer Hand. Wir arbeiten daran, Anreize für die Entstehung zusätzlicher Plätze zu schaffen, damit Entlastung da ist, wenn Familien sie brauchen. Und wir machen die Nachbarschaftshilfe einfacher, indem wir unnötige Bürokratie streichen.

Gleichzeitig plant der Bund eine große Pflegereform, das Pflege neuordnungsgesetz. Ihr Ministerium hat offiziell Stellung genommen. Was stört Sie?

Den Grundgedanken der Reform teile ich. Die Pflegeversicherung braucht eine stabile und zukunfts feste Grundlage. Aber mit dem Gesetzentwurf wird ein wesentliches Ziel, die spürbare Entlastung pflegender Angehöriger, nicht erreicht. Er macht sogar manches komplizierter: Wir vereinfachen gerade die Nachbarschaftshilfe, der Bund droht, sie mit einer bundesweiten Regel zu überschreiben. So darf die Reform nicht bleiben, weil Unterstützung gerade präventiv und früh ansetzen sollte.

Der Entwurf trifft ausgerechnet die pflegenden Angehörigen. Wie das?

Der Bund will Rentenbeiträge für pflegende Angehörige kürzen und den Entlastungsbetrag im ersten Pflegegrad ganz streichen. Das trifft die Menschen, die den größten Teil der Pflege stemmen. Wer heute andere pflegt, darf morgen nicht selbst von Altersarmut bedroht sein. Gleichzeitig handelt es sich bei der Übernahme von Rentenpunkten um eine Leistung, für die die Pflegeversicherung eigentlich nicht zuständig ist, deshalb braucht es eine nachhaltige Bundesbeteiligung an der Finanzierung solcher sogenannten „versicherungsfremden“ Leistungen.



Viele fürchten, dass Pflege unbezahlbar wird. Was tun Sie gegen steigende Kosten?

Wir fordern einen festen, planbaren Eigenanteil, den Sockel-Spitze-Tausch. Er würde die Kosten für Familien endlich kalkulierbar machen. Es würde ja auch niemand eine Autoversicherung abschließen, wenn „Teilkasko“ bedeuten würde, dass der Anteil, den die Versicherung übernimmt, feststeht, der eigene jedoch beliebig hoch ausfallen kann.

Was bedeutet die Reform für die Pflegekräfte?

Auch hier sehe ich ein Problem. Der Bund will die Tariftreue für vier Jahre aussetzen. Gute Löhne aber halten Fachkräfte im Beruf. Wir stehen zur Tarif-

bindung und wollen weniger Bürokratie, damit mehr Zeit für die Menschen bleibt.

Der Bund entscheidet, nicht das Land. Was können Sie ausrichten?

Wir bringen die Stimme Thüringens ein, jetzt mit der Stellungnahme, später über den Bundesrat. Vom Bund erwarte ich, dass er nachbessert, bei den Angehörigen und bei der verlässlichen Gestaltung des Eigenanteils.

Zum Schluss persönlich: Was treibt Sie an?

Ich erlebe täglich, wie viel Menschen in der Pflege leisten, im Beruf und in den Familien. Sie sollen spüren, dass jemand für sie kämpft. Daran lasse ich mich messen.

Zur Person:

Katharina Schenk, geboren 1988 in Schkeuditz, ist seit Dezember 2024 Thüringer Ministerin für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie. Von 2020 bis 2024 war Schenk Staatssekretärin für Kommunales im Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales. Seit 2022 ist sie stellvertretende Vorsitzende der SPD Thüringen.

DAS PLANT DER BUND – DAS KRITISIERT THÜRINGEN

- **Kein fester Eigenanteil:** Der Sockel-Spitze-Tausch fehlt, die Kosten bleiben unkalkulierbar.
- **Weniger Rente für Angehörige:** gekürzte Beiträge, Gefahr der Altersarmut.
- **Gestrichener Entlastungsbetrag:** bis zu 131 Euro im Monat fallen im ersten Pflegegrad weg.
- **Längere Wartezeit im Heim:** höhere Zuschüsse erst später.
- **Ausgesetzte Tariftreue:** die Lohnentwicklung in der Pflege wird gebremst.
- **Positiv:** mehr Prävention, „Reha vor Pflege“, Pflegebegleitung, Pflege-Cockpit.

Wo Angehörige eine Stimme finden

Die Stimme der pflegenden Angehörigen – wir pflegen in Thüringen e.V.

Pflegende Angehörige werden nicht demonstrieren. Sie werden nicht streiken. Ihnen fehlt die Kraft, sich zu organisieren. Diesen Satz sagt Dr. Sigrun Fuchs, und erklärt, warum es ihren Verein überhaupt geben muss.

Dabei sind es viele. Der größte Teil der Pflege findet zu Hause statt, in Thüringen kümmern sich rund 300.000 Menschen um ihre Nächsten. Für genau sie gibt es wir pflegen e.V., die bundesweite Interessenvertretung pflegender Angehöriger, gegründet 2008. Der Verein sammelt ihre Erfahrungen, trägt sie in die Politik und bietet Selbsthilfegruppen, in denen sich Betroffene austauschen und gegenseitig stützen.

Und das mit erstaunlich wenig Mitteln. In Thüringen tragen vier Vorstandsmitglieder die Arbeit, drei von ihnen pflegen selbst Angehörige. Eine Geschäftsstelle hat der Verein nicht. Er gilt als nicht förderfähig und hält sich abseits von Lottomitteln aus eigener Kraft über Wasser.

Fuchs nimmt kein Blatt vor den Mund. „Wir sind ein reiches Land. Es gibt Geld, aber es ist eine Frage



Dr. Sigrun Fuchs

der Prioritäten“, sagt sie. „Die Pflegereform ist eine grausame Geschichte. Da sitzen Politiker, die stolz darauf sind, wie viel eingespart wird.“ Anerkennung sieht für sie anders aus.

Ihr nüchternstes Argument ist zugleich ihr stärks-

tes: „Soziales ist ein Wirtschaftsthema“. Die meisten pflegenden Angehörigen seien Arbeitnehmer. Wer wegen der Pflege Stunden reduziere oder ganz aussteige, fehle als Fachkraft. So wird aus einer sozialen Frage schnell eine wirtschaftliche.

Solche Stimmen holt sich die SPD-Fraktion bewusst in den Landtag. Fuchs war als überparteiliche Vertreterin in einer Fraktionssitzung zu Gast. Ihre Botschaft dort: Die häusliche Pflege braucht mehr Wahrnehmung, bevor aus stiller Belastung eine flächendeckende Erschöpfung wird.

THÜRINGER WOCHEN DER PFLEGENDE ANGEHÖRIGEN

Seit 2021 organisiert der Verein die Thüringer Woche der pflegenden Angehörigen. In diesem Jahr waren es vom 1. bis 7. Juni 73 Veranstaltungen im ganzen Land, mit Infoständen, Vorträgen und Austausch bei Kaffee und Kuchen. Und das ohne festes Budget. 2027 folgt die siebte Auflage.

Nachgehakt: Zum Thema Pflegebudget.

Wir fragen dort nach, wo Politik auf die Praxis trifft.

Manchmal beginnt große Politik ganz klein, mit einem Hinweis aus dem Klinikalltag. Der Betriebsrat des Helios Klinikums Erfurt hat benannt, was beim Pflegebudget schief läuft: Geld, das für die Pflege am Bett gedacht ist, bezahlt auch Aufgaben, die nichts mit der direkten Versorgung zu tun haben. Thüringen und Rheinland-Pfalz haben den Hinweis aufgegriffen und eine Initiative in den Bundesrat gebracht. Wie sich dieser Weg von der Station bis nach Berlin anfühlt, erzählt uns der Betriebsrat Christian Lühmann im Gespräch.

Herr Lühmann, wie hat sich der Arbeitsalltag der Pflegekräfte bei Ihnen in den letzten Jahren verändert?

Am eindrucklichsten ist für mich die permanente Arbeitsverdichtung. Der Tagesablauf ist weitgehend durchgetaktet. „Zeitpuffer“ sind nicht mehr vorgesehen. Das ist belastend und frustrierend, denn zeitintensive Notfallsituationen sind im Krankenhaus nicht die Ausnahme, sondern kommen regelmäßig vor. In solchen Situationen angemessen und emphatisch zu reagieren wird immer schwieriger. Die Attraktivität des Berufes hat sich dadurch rapide verschlechtert.

Pflegekräfte übernehmen oft Aufgaben, für die sie überqualifiziert sind, vom Essen austeilen bis zur Bettenreinigung. Wie viel Zeit fehlt dadurch am Bett?

In Zusammenarbeit mit Verdi hatten wir im Frühjahr versucht, diese Frage mit einer Online-Umfrage genauer zu beantworten. Das Ergebnis: Im Durchschnitt fehlen dadurch täglich 150 min, die wir für unsere eigentlichen Aufgaben dringend brauchen würden.

Ihr Betriebsrat hat dieses Problem nicht nur benannt, sondern öffentlich gemacht. Wie kam es dazu?

Gern hätten wir unsere Geschäftsführung und mit ihr den gesamten Konzern mit Argumenten überzeugt. Die Übertragung von Serviceaufgaben auf die Pflege ist und bleibt eine Sch***idee zu Lasten der Pflegekräfte. Und ein Missbrauch obendrein. Wir wurden ignoriert und, so habe zumindest ich es empfunden, verhöhnt. Der Schritt in die Öffentlichkeit war relativ leicht. Es war die einzig vernünftige Option.

Thüringen und Rheinland-Pfalz haben Ihren Hinweis aufgegriffen und eine Initiative in den Bundesrat gebracht. Wie haben Sie diesen Weg von der Station bis nach Berlin erlebt?

Vorab: Unser Hinweis war nur einer von vielen. Allerdings glaube ich schon, dass wir in Erfurt besonders laut waren. Die prompte Unterstützung aus der Landespolitik, die deutlichen Worte der BARMER und die ausführliche Berichterstattung durch den MDR – das hat mich tatsächlich überrascht. Wie weit das tragen würde, war mir nicht klar. Aber ich war mir relativ schnell sicher, dass wir am Ende nicht mit völlig leeren Händen dastehen würden.

Bringt die Initiative den Pflegekräften echte Entlastung, oder bleibt es auf dem Papier?

Wie so oft, es kommt darauf an. Die präziseren Formulierungen zur Verwendung des Pflegebudgets sind sicher ein erster Schritt. Ganz plumper Missbrauch kann so erschwert werden. Entscheidend für den Erfolg aber ist aus meiner Sicht Konsequenz. Beim Durchsetzen. Beim Kontrollieren. Beim Sanktionieren.

Welche Aufgaben würden Sie sofort wieder abgeben, damit mehr Zeit für die Patienten bleibt?

Ganz klar „Abgangsbetten putzen“. (Das meint, nach einer Entlassung Bett, Nachtschrank und Schrank reinigen + desinfizieren und für den nächsten Patienten wieder herrichten.)

Was muss sich in der Politik ändern, damit Pflegekräfte das tun können, wofür sie ausgebildet sind?

- Kliniken in die Lage versetzen bzw. zwingen, die Attraktivität der Pflege zu erhöhen.
- Schneller reagieren, wenn absehbar ist, dass Maßnahmen nicht greifen oder missbraucht werden.
- PPR 2.0 zügig scharfstellen. Gern schrittweise, damit sich Kliniken darauf einstellen können. Aber konsequent.
- Privaten Klinikkonzernen genauer auf die Finger schauen.
- Den Gewinn in Krankenhäusern deckeln.



Reden ist gut. Machen ist besser!

Auf einem Blick. Unsere fünf Bausteine für gute Pflege.

Bundratsinitiative Pflegebudget:
Beschlissen im März 2026.

Vier-Tage-Woche in der Pflege:
Unsere Langzeitforderung für gute Pflege.

Thüringer Pflegeentwicklungsgesetz:
Pflege vorausschauend planen.

Kurzzeitpflege unterstützen:
Entlastung, wenn Familien sie brauchen.

Pflegestützpunkte in jedem Landkreis:
In enger Abstimmung mit den Kommunen.

Wie die SPD gute Pflege ermöglicht

Gute Pflege gibt es nicht zum Nulltarif. „Denn zum einen ist Pflege Arbeit und Arbeit muss anerkannt werden. Zum anderen müssen wir uns ehrlich machen und sagen, was uns gute Pflege, als auch gute Gesundheitsversorgung wert ist“, so Dr. Urban.

Das Positionspapier zeigt, wofür die Fraktion im Bund kämpft und was sie im Land anpackt.

Im Bund kämpft die SPD für überfällige Struktur-reformen. Dabei ist ihr Ziel eine solidarische Bürger-versicherung als Pflege-Vollversicherung, in die alle einzahlen, damit niemand an den Kosten der Pflege zerbricht.

Im Land stehen für die SPD-Fraktion drei Dinge im Mittelpunkt:

Gute Arbeit. Ohne faire Bedingungen gibt es keine gute Pflege. Gemeinsam mit den Gewerkschaften setzt sich die Fraktion für starke Tarifverträge und für flexible Arbeitszeitmodelle bis hin zur Vier-Tage-Woche ein. Dass das funktioniert, zeigen erste Vorreiter wie die Waldkliniken in Eisenberg.

Familien stärken. Sie tragen die Hauptlast, deshalb sollen sie spürbar entlastet werden: durch ein Gehalt für pflegende Angehörige, durch weniger Bürokratie etwa bei der praktischen Nachbarschafts-hilfe. Pflegelotsen sollen Familien durch praktische Vorortberatung in unabhängigen Pflegestützpunkten



Dr. Cornelia Urban, gesundheits- und pflegepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, über das Positionspapier „Pflege in Thüringen“.

begleiten. Und wo das Land in die Gebäude der Pflegeheime investiert, klimafreundlich und modern, sinken am Ende auch die Eigenanteile der Bewohner.

Gesund bleiben. Die beste Pflege ist die, die gar nicht erst nötig wird. Deshalb baut die Fraktion die Vorsorge aus: über einen starken Öffentlichen Gesundheitsdienst mit einem neuen Gesetz, über

aufsuchende Angebote wie das Programm AGATHE und über Gesundheitskioske vor Ort.

Am Ende steht für Urban eine Frage, die über Zahlen hinausgeht. „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“, fragt sie. „In einer, die Menschen mit ihrer Verantwortung allein lässt? Oder in einer, die sagt: Wir sehen euch, wir stützen euch, wir lassen euch nicht allein.“

Die Antwort darauf steht im Positionspapier der Fraktion, das online abrufbar ist.

POSITIONSPAPIER DER THÜRINGER SPD-FRAKTION ZUM THEMA PFLEGE

Alle Forderungen stehen im Positionspapier:



Pflege in Zahlen

In gesundheitspolitischen Diskussionen ist Dänemark häufig ein Referenzstaat, weil dort die Kombination aus kommunaler Verantwortung, Digitalisierung, Prävention und einer vergleichsweise guten Personalausstattung oft als Vorbild für Reformen in der Langzeitpflege genannt wird. Die folgenden Zahlen untermauern dies:

Kennzahl	Deutschland	Dänemark
Bevölkerung ≥65 Jahre (2025)	ca. 19 Mio. (≈ 22 % der Bevölkerung)	ca. 1,2 Mio. (≈ 20% der Bevölkerung)
Anteil der Bevölkerung ≥65 Jahre (2050)	ca. 28–30 %	ca. 25–27 %
Durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt (2023)	Männer: 78,3 Jahre Frauen: 83,0 Jahre	Männer: 79,9 Jahre Frauen: 83,8 Jahre
Pflegebedürftige Menschen (2025)	5,6 Mio.	ca. 180.000
Prognose Pflegebedürftige (2050)	> 6,6 Mio.	keine offizielle nationale Vergleichsprognose; deutlicher Anstieg bis 2050 erwartet
Pflege zu Hause	81 %	rund 75–80 % (kommunale ambulante Versorgung dominiert)
Frauenanteil an pflegenden Angehörigen	ca. 61 %	ca. 60 %
Durchschnittliche Dauer der Pflegebedürftigkeit	3 – 5 Jahre	3 – 5 Jahre
Pflegekräfte je 1.000 Einwohner	12	16
Gesundheitsausgaben (% des BIP)	ca. 12,3 %	ca. 10,5 %
Durchschnittlicher Eigenanteil Pflegeheim (1. Jahr)	ca. 3.245 €/Monat	ca. 1.600 €/Monat
Durchschnittliches Bruttojahreseinkommen	ca. 55.000 €	ca. 73.000 €
Gesetzliches Rentenniveau	48 %	kein direkt vergleichbares Rentenniveau; Gesamtversorgung häufig 70–80 % durch staatliche und betriebliche Renten
Regelaltersgrenze	67 Jahre	70 Jahre ab 2040